

INHALT:

Coverstory: Zukunft der EU nach den Referenden	1
Die 8 Forderungen der AK für ein soziales Europa	3
Hintergründe zum „Non“ und „Nee“ in F und NL	4
Kommentar: EU Beitritt und Österreichs Wirtschaft	5
Gleichstellungspolitik und EU-Beitritt	6
EU-Finanzrahmen 2007-2013: vorerst gescheitert	8
Bolkestein-Richtlinie: der Gebhardt-Bericht des EP	10
Neues vom EuGH	12
WTO: Pascal Lamy neuer Generaldirektor	13
Textilstreit EU-China: vorläufige Einigung	14
GATS – aktueller Stand der Verhandlungen	15
AK Publikationen und Veranstaltungen	17

EDITORIAL

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Die Nr 3 unseres Newsletters ist eine umfangreiche Sommernummer geworden. Die Entwicklungen auf EU-Ebene während der letzten Wochen verliefen bekanntlich turbulent. Den dadurch aufgeworfenen Fragen für die Zukunft des europäischen Projekts widmen sich die AutorInnen der Coverstory. Unsere Reihe zur kritischen Bilanz des EU-Beitritts Österreichs setzen wir mit einem Resümee der Gleichstellungspolitik fort. Die Nr 4 des AK Infobriefs erscheint nach der Sommerpause im Oktober. Eine schöne Urlaubssaison wünscht

Ihr Redaktionsteam ♦

EUROPA: IN SCHLECHTER VERFASSUNG?

DIE ZUKUNFT DER EU NACH DEN GESCHEITERTEN VERFASSUNGSREFERENDEN

Was ist in Europa los? Während Intellektuelle die EU auf dem Weg zu einer „leisen Supermacht“ (Jeremy Rifkin) sehen, die den „amerikanischen Traum“ ablösen und ein „neues europäisches Jahrhundert“ (Mark Leonhard) einläuten wird, lehnen die Franzosen und Niederländer mit deutlicher Mehrheit die EU-Verfassung ab. Die britische Regierung sagt daraufhin das Referendum ab. Jüngste Meinungsumfragen manifestieren in etlichen EU-Staaten ein Ansteigen der EU-Verfassungsgegner. Ein klarer Fall von Realitätsverweigerung oder ein richtiges Gespür für die Schwächen des Verfassungsentwurfs bzw der europäischen Integration insgesamt?

Von Melitta Aschauer (melitta.aschauer@akwien.at) und Norbert Templ (norbert.templ@akwien.at)

Vorweg: Die Realitätsverweigerung dürfte eher auf Seiten des Europäischen Rates bestehen. Zwar hat er am Juni-Gipfel eine einjährige Nachdenkpause beschlossen, gleichzeitig aber eine Neuverhandlung über die Verfassung ausgeschlossen. Dabei dürfte eines klar sein: In der vorliegenden Form hat der Verfassungsentwurf keine Zukunft mehr, auch wenn der Text bereits von zehn Staaten ratifiziert wurde – allerdings bis auf Spanien jeweils ohne Volksabstimmung. Zu gewichtig und mehrheitsfähig sind die Bedenken der Verfassungsgegner.

Für Laurent Fabius, sozialistischer Ex-Premier und deklariertes EU-Verfassungsgegner, ist das französische Nein keine Überraschung angesichts von: „20 Mio Arbeitslosen in Europa; dem Gefühl, das Europa nicht länger mehr Fortschritt, Wohlstand und soziale Sicherheit garantiert; der nicht verarbeiteten und nicht finanzierten Erweiterung; der wachsenden demokratischen Entfremdung zwischen Bevölkerung und Brüsseler Technokratie“. Umfragen bestätigen diese Bündel an Motiven. Die wichtigsten Gründe für das

Nein waren: Arbeitslosigkeit (46%), Unzufriedenheit (40%), Verfassung zu liberal (34%) und unverständlich (34 %). Wer hier argumentiert, dass die Verfassung primär zu einem Opfer nationaler Befindlichkeiten wurde (Unzufriedenheit mit der Regierung, Probleme am Arbeitsmarkt etc), verkennt das Ausmaß der mittlerweile erreichten Integrationstiefe. Vieles, was heute in Brüssel entschieden oder nicht entschieden wird, hat unmittelbaren Einfluss auf die Lebenssituation der 450 Mio EU-BürgerInnen.

Zweifellos ist die EU eines der wichtigsten politischen Projekte der Gegenwart. Sie steht – bei weiterhin existierenden nationalen Unterschieden und Besonderheiten – für ein eigenständiges Sozial- und Gesellschaftsmodell, das sich vom amerikanischen Modell unterscheidet. Dieses Modell, das sich durch die in der Verfassung verankerten Werte und Ziele charakterisieren lässt, hat allerdings angesichts anhaltender Wachstumsschwäche, hoher Arbeitslosigkeit und zunehmender sozialer Ungleichheit viel an Glaubwürdigkeit und Zustimmung verloren. Insofern sind die negativen Referenden nicht